

# Kreisblatt für den Kreis Gießen.

**Inhalts-Übersicht:** Behandlung von Krankheiten. — Ausfertigung von Bezugsscheinen. — Unterbringung der städtischen Schulkinder. — Unfall- und Haftpflichtversicherung. — Bestellung von Nahrungsmitteln. — Auswahl von Brotgetreide. — Erlasswahl. — Schulärztliche Uebersuchung. — Verordnung über Bier. — Kriegspatenschaften. — Einbegarrenden. — Besteuerung der Klaviere usw. — Zollwutverdacht in Grünberg. — Schleichhandel mit Speck usw. — Wirtschaftliche Veröffentlichungen. — Gekunden; verloren.

XVIII. Armeeoberkommando.  
Stellvertretendes Generalkommando.

Abt. III b. Tsg.-Nr. 1918/371.

Gouvernement der Festung Mainz.

Abt. III. Pol. Nr. 50 716/24 494.

Frankfurt a. M./Mainz, den 2. Februar 1918.

**Betr.:** Behandlung von Krankheiten durch nicht approbierte Personen, Anklündigung und Anbieten von Heilmitteln usw.

## Verordnung.

Auf Grund des § 9b des Gesetzes über den Befugniszustand vom 4. Juni 1851 in der Fassung des Reichsgesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimmen wir für den Bereich des 18. Armeeoberkommandos und des Gouvernements Mainz:

### I.

Es ist verboten:

1. Den Personen, die sich gewerbsmäßig mit der Behandlung von Krankheiten, Verlesungen oder Körperverletzungen an Menschen befassen, ohne die entsprechende staatliche Approbation (Approbation) zu besitzen, ihren Gewerbebetrieb anders als durch Bekanntgabe am Wohnhaus, im Woch- oder Fernsprechbuch anzukündigen.

Bahnstationen, Bandagisten und Hülfsanlagenoperatoren sowie Personen, die Turn- und Gymnastikunterricht erteilen, werden von diesem Verbot nicht betroffen.

2. Gegenstände, Mittel oder Verfahren, die zur Verhütung der Empfängnis oder zur Beseitigung der Schwangerschaft oder von Menstruationsstörungen usw. bestimmt sind, öffentlich auszustellen, anzukündigen, in der Tagespresse, in Zeit- und Druckschriften aller Art zu beschreiben, sowie im Umherziehen solche Gegenstände usw. anzubieten oder Beschaffungen darauf zu sammeln.

3. Die unter Ziffer 1—2 bezeichneten Handlungen sind auch in jeder irgendwie verkleideter Form verboten.

4. Gehaltet ist die Anklündigung, Beschreibung und Anpreisung von Arzneien und Heilmitteln, Verfahren, Apparaten oder sonstigen Gegenständen, die zur Verhütung, Beseitigung oder Heilung von Krankheiten, Verlesungen oder Körperverletzungen bei Menschen bestimmt sind, in der Tages- und Wochenpresse und in Zeit- und Druckschriften, sofern das betreffende Mittel nicht in der unter der Mitwirkung der Oberzensurstelle aufgestellten Liste der allgemein verbotenen Heilmittel usw. enthalten ist.

Einzelheiten über diese Liste sind bei der Zensurstelle (Presse-Abteilung des stellv. Generalkommandos bzw. des Königl. Gouvernements der Festung Mainz) zu erfragen.

5. Die Aufgeber von Anzeigen haben die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß das angezeigte Mittel nicht auf der Verbotsliste der Oberzensurstelle steht.

6. Für Mittel usw. der in Nr. 4 bezeichneten Art, deren öffentliche Anklündigung vor dem Erlass dieser Verfügung noch nicht erfolgt ist, ist die Erlaubnis hierzu bei der Oberzensurstelle nachzusuchen, und zwar durch die Zensurstelle, in deren Bereich der Auftraggeber wohnt.

7. Die Listen der Oberzensurstelle sind maßgebend und verbindlich für alle Zensurstellen.

8. Auf die medizinische und pharmazeutische Fachpresse finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

### II.

Ferner ist den unter I. Ziffer 1 genannten Personen verboten:

1. Eine Behandlung, die nicht auf Grund eigener Wahrnehmungen an dem zu Behandelnden erfolgt (Fernbehandlung),

2. die Behandlung mittels mystischer Verfahren,

3. die Behandlung von gemeingefährlichen Krankheiten (Ausfall, Cholera, Malaria, Gelbfieber, Pest und Pocken) sowie von sonstigen übertragbaren Krankheiten,

4. die Behandlung aller Krankheiten oder Verlesungen der Geschlechtsorgane, von Syphilis, Schanker und Tripper, auch wenn sie an anderen Körperstellen als an den Geschlechtsorganen auftreten, sowie jede Behandlung von Frauenkrankheiten, insbesondere auch die innere Massage der weiblichen Unterleibsorgane,

5. die Behandlung von Krebskrankheiten,

6. die Behandlung mittels Hypnose,

7. die Behandlung unter Anwendung von Betäubungsmitteln, mit Ausnahme solcher, die nicht über den Ort der Anwendung hinauswirken,

8. die Behandlung unter Anwendung von Einspritzungen unter

die Haut oder in die Blutbahn, soweit es sich nicht um eine nach Nr. 7 gestattete Anwendung von Betäubungsmitteln handelt.

### III.

Die Verordnung des stellv. Generalkommandos vom 20. 6. 1916 (Abt. III b. 12036/3441) sowie diejenige des Gouvernements Mainz vom 20. 6. 1916 (Abt. M. P. Nr. 28970/10624) werden aufgehoben.

Der stellv. Kommandierende General:

Riedel, General der Infanterie.

Der Gouverneur der Festung Mainz.

Bausch, Generalleutnant.

## Bekanntmachung.

**Betr.:** Web-, Wirt-, Strick- und Schutzwaren; hier: Ausfertigung von Bezugsscheinen.

An die Groß- Bürgerweitereien der Landgemeinden des Kreises mit Ausnahme von Allendorf a. d. Lunda, Großen-Viesel, Großen-Linden, Grünberg, Grunhelfheim, Hungen, Klein-Linden, Lich, Lollar und Lendorf.

Es ist ordentlich bekanntzugeben: Bezugsscheine über Web-, Wirt-, Strick- und Schutzwaren werden von uns nur noch ausgestellt, wenn der Nachweis erbracht ist, daß alte Gegenstände dieser Art dagegen abgeliefert worden sind. Die Ablieferung der alten Gegenstände geschieht bei der Firma Hermann Doh in Gießen, Schützenstraße 62, welche eine Abgabebestätigung ausstellt; diese ist mit dem Ausfertigungsantrag bei uns vorzulegen. Der Uebernahmeweis wird von einer Kommission festgestellt; die Abnehmer erhalten den Betrag durch uns überhandt, falls auf Zahlung nicht verzichtet wird. Die Bestimmung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung im Kreisblatt in Kraft, Gießen, den 25. Februar 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

**Betr.:** Die Unterbringung der städtischen Schulkinder auf dem Lande.

An die Ortsausschüsse für Rotes Kreuz und Kriegshilfe.

Aus einem Ausschreiben des Groß. Ministeriums des Innern übermitteln wir Ihnen die nachfolgenden Stellen zur gest. Annahmehilfe und Vervollständigung der Verbearbeit für die Aufnahme von Stadtkindern.

Anschließend wird wieder vorgeschrieben, daß Stadtkinder, welche bei Selbstversorgern Aufnahme finden, als zu deren Haushalt gehörig anzusehen und nach den für Selbstversorger geltenden Grundsätzen, namentlich auch hinsichtlich der zugelassenen Verbrauchsmenge zu behandeln sind. Bei der Inanspruchnahme von Getreide und Hülsenfrüchten auf Grund der Verordnung vom 24. November 1917 (M.-G.-Bl. S. 1082) und der dazu ergangenen Ausführungsbestimmungen sind demgemäß ebenso wie im Vorjahre den Landwirten, soweit sie sich zur Aufnahme von Stadtkindern verpflichten, entsprechende Mengen von Getreide und Hülsenfrüchten mit der ausdrücklichen Auflage zu belassen, daß diese Mengen demnach für die Ernährung von Stadtkindern heranzuziehen sind. Die Erklärung muß in bindender Form gegenüber der vom Kommunalverband zu bezeichnenden Stelle abgegeben werden.

Gießen, den 23. Februar 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

**Betr.:** Unfall- und Haftpflichtversicherung für Sammel- und Heferkolonnen.

An die Schulvorstände des Kreises.

Unser Ausschreiben vom 28. April 1917 (Uebernahme) behält auch für dieses Jahr seine Gültigkeit. Sie wollen dementsprechend verfahren und die Zahl der geleisteten Arbeitstage bis spätestens 15. November l. J. behufs Verrechnung mit der Versicherungs-gesellschaft angeben.

Gießen, den 19. Februar 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

## Bekanntmachung.

**Betr.:** Verbrauchsregelung der in die öffentliche Bewirtschaftung genommenen Nahrungsmittel; hier: Bestellung von Nahrungsmitteln.

Gemäß § 5 unserer Bekanntmachung vom 17. März 1917 (Kreisblatt Nr. 48) über die Verbrauchsregelung der in die öffent-



liche Bewirtschaftung gewonnenen Nahrungsmittel wird für die Landgemeinden des Kreises folgendes bestimmt:

Es sollen ausgegeben werden: Bedarfsanteil für Februar und März 1918:

1. für brotgetreideverfürungsberechtigte Kinder bis zu 12 Jahren (rote Karten):

auf die Marke 26 der Nahrungsmittelkarte B. . . . . Griech

auf die Marke 27 der Nahrungsmittelkarte B. . . . . Sago

2. für die übrige brotgetreideverfürungsberechtigte Bevölkerung (blaue Karten):

auf die Marke 29 der Nahrungsmittelkarte C. . . . . Teignwaren

auf die Marke 30 der Nahrungsmittelkarte C. . . . . Graupen

Wer die auf ihm entfallende Ware — die genaue Menge wird später festgesetzt — zu beziehen wünscht, hat unter Vorlage seiner Karte bei einem Kleinbändler seines Wohnortes bis zum 12. März 1918 eine Bestellung aufzugeben. Dabei ist darauf zu achten, daß der Kleinbändler nur die betreffende Bestellmarke abtrennt und auf der gleichzeitigen Quittungs- und Bezugsmarke die Bestellung beschriftet. Wer die vorgesehene Frist für die Bestellung nicht einhält, verliert den Anspruch auf die in diesem Monat ihm zustehende Ware.

Die Kleinhandelsgeschäfte haben die Bestellmarken auf die in Betracht kommenden Bestellbogen aufzukleben und spätestens am 17. März 1918 der Großhandelsvereinigung e. G. m. b. H. Gießen, Wesanlage 31, einzusenden. Nichteinhaltung dieser Frist zieht den Ausschluß des betreffenden Kleinhandelsgeschäftes von der Verteilung an dem Vertrieb der Nahrungsmittel nach sich.

Bei Einreichung der Bestellmarken an die Großhandelsvereinigung Gießen ist von dem Kleinbändler auf der Rückseite der Bogen anzugeben, von welchem Großbändler die Ware geliefert werden soll.

Den Großb. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises wird empfohlen, vorsehends Bekanntmachung sofort ortsüblich zu veröffentlichen.

Gießen, den 1. März 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Das Ausmaß der Brotgetreide.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großb. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wie uns bekannt geworden ist, wird von den Selbstverfürern unsere Verfügung vom 28. Dezember 1917 (Kreisblatt Nr. 1 von 1918) nicht genau beachtet. In vielen eingelieferten Nachschüssen fehlen die Anhängesettel.

Für die Zukunft werden derartige Nachschüsse strengstens geahndet.

Ortsübliche Bekanntmachung hat zu erfolgen.

Gießen, den 2. März 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Ortswahl zur Zweiten Kammer der Stände.

An die Großb. Bürgermeistereien Allendorf (Wd.), Allertshausen, Betershain, Versrod mit Wimmerod, Neuern, Elmloch, Daubringen, Seilschhausen, Söbelsrod, Grünberg, Darsbach, Kesselbach, Lauter, Kollar, Sondor, Lunda, Mainzlar, Odenhausen mit Appendorf, Luedborn, Reinhardshain, Muttershausen mit Kirchberg, Saasen mit Bollbach, Betsberg und Wlberg, Staufenberg, Staufenberg mit Friedelshausen, Stöckhausen, Treis a. d. Wd., Weidartshain.

Mit nächster Post geht Ihnen zu: Protokollformular B, Formular für die Gegenliste und die von Ihnen angegebene Zahl der Wahlzettelaufschläge mit einem Aufschlag von 5 vom Hundert. Empfangsbekräftigung ist uns als bald zuzusenden. Ein erhöhter Betrag an Gegenlisten ist uns sofort mitzutellen.

Nachstehende Bestimmungen des Gesetzes wollen Sie gemäß Ziffer 10 unseres Aufschreibens vom 4. Februar 1918 (Kreisblatt Nr. 13) ortsüblich zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Artikel 27. Nur diejenigen sind zur Wahl zugelassen, welche in die festgestellten Listen aufgenommen sind und zur Zeit der Wahl mit der Entrichtung der direkten Staats- oder Gemeindesteuer nicht länger als zwei Monate sich im Rückstand befinden.

Artikel 35. Die Stimmzettel müssen von weißem Papier, dürfen mit keiner Unterschrift und keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen 9 zu 12 Zentimeter groß und von mittelfestem Schreibpapier sein.

Sie sind außerhalb des Wahllokals mit dem Namen des Kandidaten, dem der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Bevollmächtigung zu versehen.

Artikel 36. Der Stimmzettel ist in einem amtlich abgestempelten, mit keinem Kennzeichen versehenen Umschlag, der nicht verschlossen werden darf, abzulegen. Die Umschläge sollen 12 zu 16 Zentimeter groß und aus undurchsichtigem Papier gefertigt sein.

Die erforderliche Zahl der amtlich abgestempelten Umschläge ist im Wahllokal zur Verfügung der Wahlberechtigten bereitzustellen.

Artikel 43. Ungültig sind:

1. Stimmzettel, die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag, oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind;
  2. Stimmzettel, die nicht von weißem Papier sind;
  3. Stimmzettel, die mit einem Kennzeichen versehen sind;
  4. Stimmzettel, die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten;
  5. Stimmzettel, aus denen die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist;
  6. Stimmzettel, die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt oder Bemerkungen enthalten, die nicht lediglich zur Kenntlichmachung des Gewählten dienen sollen.
- Befinden sich in dem Umschlag mehrere Stimmzettel, so werden diese, wenn sie auf denselben Namen lauten, nur einfach gezählt, andernfalls außer Berücksichtigung gelassen.

Gießen, den 28. Februar 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Schulärztliche Ueberwachung der Schulkinder.

An die Lehrerschaft in den Landgemeinden des Kreises.

Die Verzeichnisse über die Feststellungen des Körpergewichts der Schulkinder wollen Sie, soweit sie nicht schon bei uns eingereicht worden sind, direkt an Gr. Kreisgesundheitsamt bis spätestens 15. März 1918 senden.

Gießen, 1. März 1918.

Großherzogliche Kreisschulkommission Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Verordnung über Bier und bierähnliche Getränke. Vom 24. Januar 1918.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Großherzoglichen Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises, Großb. Polizeiamt Gießen und die Großb. Gendarmerie des Kreises.

Von der Verordnung vom 24. Januar 1918 (Kreisblatt Nr. 14) sind die in ihrem Bezirk vorhandenen Bierbrauereien und Gast- und Schankwirtschaften, auch Flaschenbierhändler (bes. von § 5) verständigt. Zuwiderhandlungen sind zur Anzeige zu bringen.

Gießen, den 28. Februar 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

Betr.: Kriegspatenschaften.

An die Großb. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir erinnern an die Erledigung unseres Dekretes vom 5. Februar 1918 mit Frist von 8 Tagen.

Gießen, den 25. Februar 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und an die Großb. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Unter Bezugnahme auf das Aufschreiben vom 31. Juli 1917 (Kreisblatt Nr. 140) und vom 28. Januar 1918 (Gieß. Anz. Nr. 27) wird mitgeteilt, daß die für die Ablieferung von Bindgarmenten und den Umlauf alten Tauwerks in Bindgarment zugestandenen Vergünstigungen auch im Monat März noch gewährt werden.

Die Landwirte sind hiervon in geeigneter Weise in Kenntnis zu setzen.

Gießen, den 28. Februar 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Ufinger.

### Bekanntmachung.

Betr.: Die Besteuerung der Klaviere, Automaten und Musikwerke, Luxuswagen und Luxusreitpferde.

Unter Hinweis auf Artikel 33 des Gesetzes vom 12. August 1899, in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. März 1910, wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß die Stempelaufgabe:

1. für Verkaufs- oder Wagaufgaben,
2. für automatische Kraftmesser,
3. für Automaten, die zur Unterhaltung des Publikums dienen,
4. alle in öffentlichen Wirtschaftsstellen aufgestellte Klaviere oder sonstige Musikwerke,
5. Luxuswagen und Luxusreitpferde.

für das H. 1918 im Monat März an allen Wochentagen von vormittags 9—12 Uhr auf dem Bureau der unterzeichneten Behörde, Zimmer Nr. 9, daber zu entrichten ist.

Wer bis zum 31. März 1918 die Abmeldung der steuerpflichtigen Automaten usw. bei uns nicht erwirkt hat, ist zur Weiterentrichtung der Abgabe bei Meldung der Befristung und zwangsweisen Beitreibung verpflichtet.

Sollte die Entrichtung der Abgabe im Wege der Postentrichtung erfolgen, so sind die Geldbeträge stets ganz frei einzuzahlen. Die für das H. 1917 ausgestellten Karten sind vorzulegen. Das Großb. Polizeiamt Gießen und die Großb. Bürgermei-



Strecken der Landgemeinden des Kreises wollen vorstehende Bekanntmachung auf ortsübliche Weise wiederholt veröffentlichen.

Gießen, den 4. März 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

### Bekanntmachung.

Wet.: Tollwutverdacht in Grünberg.

Wegen Tollwutverdachts bei einem Hunde in Grünberg wird Handelsperre über Grünberg und alle Orte im Umkreise von 10 Kilometern auf drei Monate verfügt.

Gießen, den 4. März 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

An die Großh. Bürgermeistereien Wettershain, Ettingshausen, Gelshausen, Gabelrod, Grünberg, Harbach, Hattenrod, Rauter, Lindenfruch, Lunda, Münster, Nieder-Bessingen, Nonnenroth, Ober-Bessingen, Odenhausen, Queborn, Reinhardshain, Reiskirchen, Röthges, Saasen, Stangenrod, Stockhausen, Weidartshain, Wettershain, Versrod für Wunnerod, und Großh. Gendarmerie des Kreises.

Vorstehende Anordnung ist sofort ortsüblich bekanntzumachen unter Mitteilung von § 114 Abs. 1, 4, 5, 6 und 7 der Ausführungsverordnungen des Bundesrats zum Viehschutzgesetz vom 7. Dezember 1911 (Reichs-Gesetzbl. von 1912 Seite 27 ff.). Zuwiderhandlungen sind zur Anzeige zu bringen. Weiter machen wir Sie auf §§ 110, 111, 112, 113, 115, 124—127 genannter Vorschriften aufmerksam. Jeder Fall von Tollwut oder Tollwutverdacht ist sofort uns und der Gr. Veterinär-Bezirksstelle Grünberg telegraphisch oder telefonisch anzuzeigen; desgleichen Verletzungen von Menschen durch Wisse mutverdächtig oder kranker Hunde uns und dem Gr. Kreisgesundheitsamt.

Gießen, den 4. März 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

Dr. Usinger.

### Bekanntmachung.

Wet.: Schleichhandel mit Speck und frischem Kalbfleisch durch Metzger Ludwig Weller IV. in Wiesfeld.

Nach Beschluß des Kreisaußschusses vom 26. Februar 1918 wurde Metzger Ludwig Weller IV. von Wiesfeld wieder zum Handel mit Fleisch und Fleischwaren zugelassen.

Gießen, den 27. Februar 1918.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Pantermann.

### XVIII. Armeekorps.

Stellvertretendes Generalkommando.

Presse-Abteilung.

Tab.-Nr. 157.

Technische und wirtschaftliche Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Alltagswirtschaft Deutschlands und seiner Verbündeten sind vor dem Erscheinen zur Zensur vorzulegen.

Als wirtschaftliche Veröffentlichungen gelten insbesondere Geschäftsberichte, Jahresabschlüsse, Mitteilungen über den Arbeitsmarkt, über Beschäftigung oder Stilllegung von Betrieben, Rohstoffversorgung und Preisbildung.

Zensurverordnung Nr. 2893 vom 2. 7. 17 wird hierdurch aufgehoben.

Um Einweisung der Tagespresse und Fachzeitschriften wird ergebens ersucht.

Frankfurt a. M., den 8. 2. 1918.

Von Seiten des stellvertretenden Generalkommandos.

Für den Chef des Stabes:

Krebs,

Hauptmann.

### Bekanntmachung.

An der Zeit vom 15. bis 28. Februar wurden in hiesiger Stadt

gefunden: 3 Portemonnaies mit Inhalt, 1 Deckchen, 1 Wein-

hüpfel, 1 Taschentuch, 1 Kneifer und Bariergeld;

verloren: 1 Messer, 1 Handtasche mit 15 M. und Nahrungsmittel-

arten, 1 Brieftasche mit 25 M. Papiergeld, 1 dunkelrotes

Damenportemonnaie mit 3 M., Torten und Gebäck, 1 gold.

Perfumerie mit Sahne und 2 Brillanten, 1 schwarze, federne

Handtasche mit 20 M., einen gold. Kneifer, Portemonnaie und

Schlüssel, 1 Rolle schwarzes Seidenband mit blauen Streifen,

1 Vorstednadel (Eisenform) mit Rubin.

Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände be-

stehen ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.

Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem

Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nachmittags

bei der unterzeichneten Behörde, Stummer Nr. 1, erfolgen.

Gießen, den 8. März 1918.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.

J. M.: Pieffer.

## Vaterländischer Hilfsdienst.

Aufforderung des Kriegsamts zur freiwilligen Meldung gemäß § 7, Absatz 2 des Gesetzes über den vaterländischen Hilfsdienst.

## Helfer für die Stappe!

In dem gewaltigen, von unserem Heere besetzten feindlichen Gebiet werden zur Verwendung bei Militärbehörden noch zahlreiche Hilfskräfte benötigt. Des Interesses des Vaterlandes verlangt, daß langjährige und erprobte Kräfte der Heimat sich zu diesem Kampfdienst zur Verfügung stellen. Zahlreiche Kriegsverwendungsfähige Militärpersonen müssen im besetzten Gebiet noch für den Dienst an der Front freigemacht werden.

Die Lebensbedingungen im besetzten Gebiet sind durchaus günstig. Gute Entlohnung und reichliche Verpflegung werden gewährt. Und was bedeutet die Notwendigkeit, sich in fremde Verhältnisse einzugewöhnen, gegenüber dem Mangel von Opfern und Entbehrungen, das unsere Krieger seit Jahren freudig ertragen!

Männliche Hilfskräfte jeden Alters, auch Jugendliche, können, wenn sie geeignet befunden werden, Beschäftigung im besetzten Gebiet im Wesen finden und zwar für: Gerichtsdiens, Post- und Telegraphendienst, Botendienst, Technischen- und Eisenbahndienst, als Putzker, Bäcker, Schlächter, Handwerker jeder Art oder als Hilfskräfte, sowie im Sicherheitsdienst (Wachdienst, Gefangenens- und Gefangenenerziehung).

Personen mit französischen und holländischen Sprachkenntnissen werden besonders berücksichtigt.

Wehrpflichtige können nicht angenommen werden, mit Ausnahme der 50% oder mehr erwerbsbeschränkten Kriegsgenossen.

Als Entgelt wird gewährt: freie Verpflegung oder Geldentschädigung für Selbstverpflegung, freie Unterkunft, freie Eisenbahnfahrt zum Bestimmungsort und zurück, freie Benutzung der Wohn- und freie ärztliche und Lazarettbehandlung sowie ein angemessener Dienstlohn.

Bis zur endgültigen Ueberweisung an eine bestimmte Bedarfstelle wird ein „vorläufiger Dienstvertrag“ geschlossen. Die endgültige Höhe des Lohnes oder Gehaltes kann erst im Bestimmungsort selbst festgestellt werden. Sie richtet sich nach Art und Dauer der Arbeit sowie der Leistungsfähigkeit des Beschäftigten. Eine auskömmliche Bezahlung wird zugesichert. Falls Bedürftigkeit vorliegt, werden außerdem Zulagen für die in der Heimat zu versorgenden Familienangehörigen gewährt.

Die Versorgung derjenigen, die eine Kriegsdienstbeschädigung erleiden, ist besonders geregelt.

Meldungen nimmt entgegen: Bezirkskommando Gießen; dabei sind vorzulegen: Etwas Militärpapier, Beschäftigungsantrag oder Arbeitspapier, erforderlichenfalls Vorkurschein. Es ist anzugeben, wann der Bewerber die Beschäftigung antreten kann. Eine vorläufige ärztliche Untersuchung erfolgt kostenlos bei dem Bezirkskommando. Jeder Bewerber hat sich den erforderlichen Schutzimpfungen zu unterziehen.

2016B

Kriegsamtstelle Frankfurt a. M.

## Wöchentl. Uebersicht der Todesfälle i. d. Stadt Gießen.

5. Woche. Vom 27. Januar bis 2. Februar 1918.

Einwohnerzahl angenommen zu 33100. Sterblichkeitsziffer: 20,89‰.

Nach Abzug von 10 Ortsfremden: 4,71‰.

Es starben an	Bul.	Erwachsene	im 1. Lebensjahr	Kindes vom 2. bis 15. Jahr
Ungeb. Lebensschwäche	1 (1)	—	—	1 (1)
andere Folgen der Geburt	—	—	—	—
oder d. Kindbett.	2 (2)	2 (2)	—	—
Diphtherie	2 (1)	—	—	2 (1)
Typhus	1 (1)	1 (1)	—	—
Tuberkulose der Lungen	1 (1)	1 (1)	—	—
Krankheiten der Atmungsorgane	1 (1)	1 (1)	—	—
and. Krankh. d. Nervensystems	1	—	1	—
and. Krankheiten der Verdauungsorgane	2 (2)	1 (1)	1 (1)	—
Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane	1 (1)	1 (1)	—	—
and. den. Todesursachen	1	—	—	1
Summa:	13 (10)	7 (7)	8 (2)	8 (1)

Anm.: Die in Klammern gesetzten Ziffern geben an, wie viele der Todesfälle in der betreffenden Krankheit auf von auswärts nach Gießen gebrachte Kranke kommen.

Beröffentlichung des Großh. Kreisgesundheitsamts Gießen.

Dr. Walger, Med.-Rat.